AKTUELLE HAUPTSTADTINFOS

02. Dezember 2022

Mit diesen Hauptstadtinfos berichten die beiden nordhessischen Bundestagsabgeordneten für Waldeck-Frankenberg, Kassel-Land und Schwalm-Eder, Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke, von den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages in Berlin.

Inhalt:

- Kosten für Strom und Heizung werden begrenzt
- Krankenhauspflegeentlastungsgesetz bringt Aufwind für die flächendeckende Versorgung
- Expertenanhörung zum Thema der Sterbebegleitung und Suizidprävention
- Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt
- Wahlkreisgruppe zu Gast in Berlin
- Bilder der Woche

Kosten für Strom und Heizung werden begrenzt

Energie muss bezahlbar bleiben, damit alle gut durch den Winter kommen. Dafür haben wir einen starken Abwehrschirm in Höhe von 200 Milliarden Euro gespannt – zusätzlich zu den Entlastungspaketen mit einem Umfang von fast 100 Milliarden Euro. Auf dieser Grundlage haben wir diese Woche Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme eingezogen.

In dieser Woche haben wir im Bundestag die Gesetzentwürfe zu diesen Preisbremsen für Strom, Gas und Wärme, die wir zum 1. März 2023 einführen werden – und zwar rückwirkend zum 1. Januar, beraten. Konkret begrenzen wir den Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde (Fernwärme 9,5 Cent pro Kilowattstunde). Den Strompreis deckeln wir für ein Grundkontingent von 80 Prozent des prognostizierten Jahresverbrauchs auf 40 Cent pro Kilowattstunde. Für Industriekunden sind besondere Regeln geplant.

Die Preisbremsen werden so gestaltet, dass sich Energiesparen lohnt. Wichtig ist uns zudem, dass auch Hilfen für Härtefälle eingeführt werden. Krankenhäuser, Unikliniken, Pflegeeinrichtungen und soziale Dienstleister werden wir besonders unterstützen. Und wir setzen uns für eine gerechte und zielgerichtete Lösung für diejenigen ein, die mit anderen Brennstoffen heizen, z. B. mit Öl oder Holzpellets, und besonders belastet sind. Wir halten unser Versprechen: Niemand wird allein gelassen.

Außerdem sorgen wir dafür, dass die Preisbremsen gerecht finanziert werden. Konzerne, die hauptsächlich im Erdöl-, Erdgas-, Kohle- und Raffineriebereich tätig sind, sollen in diesem und im kommenden Jahr ihre Übergewinne versteuern. Zudem werden wir Zufallsgewinne von stromerzeugenden Unternehmen abschöpfen.

Krankenhauspflegeentlastungsgesetz bringt Aufwind für die flächendeckende Versorgung

Diesen Freitag hat der Deutsche Bundestag das Krankenhauspflegeentlastungs-gesetz (KHPflEG) beschlossen. Eine der zentralen Neuregelungen: Geburtshilfen erhalten 2023 und 2024 zusätzliche Mittel.

Allein die hessischen Geburtshilfen werden so mit 9 Millionen Euro jährlich zusätzlich unterstützt. Über die genaue Verteilung der Mittel entscheiden die Länder selbst. "Damit können nicht mehr nur die Sicherstellungskrankenhäuser, sondern auch kleinere bedarfsnotwendige Geburtshilfen, die bislang durch das Raster fielen, wie jene vom Hospital zum Heiligen Geist in Fritzlar, endlich auskömmlich finanziert werden", freut sich Edgar Franke, Abgeordneter aus dem Schwalm-Eder-Kreis und Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesgesundheitsminister.

Franke war maßgeblich am Gesetzgebungsprozess beteiligt. Mit dem Gesamtergebnis zeigt er sich zufrieden. „Das Gesetz hält mehr als der Name verspricht. Denn es wird nicht nur die Pflegekräfte in unseren Kliniken entlasten, indem ein neues Personalbemessungsinstrument eingeführt wird. Vielmehr wird es auch die Versorgung in ländlichen Regionen verbessern", betont Franke.

Zuständig für die Krankenhausplanung und die Sicherstellung einer flächendeckenden Kliniklandschaft sind in erster Linie die Länder. Dennoch sei es richtig, dass der Bund die Krankenhäuser unterstützt. „Wir stellen nicht nur rund 8 Milliarden Euro für die Bewältigung der aktuellen Energie- und Inflationskrise bereit. Mit dem KHPflEG unterstützen wir als Bund die Geburtshilfen und Pädiatrien mit dreistelligen Millionenbeträgen. Beide Bereiche stärken wir dadurch nachhaltig", so Franke.

2023 und 2024 sollen Geburtshilfen mit 108 Millionen Euro und Pädiatrien mit 270 Millionen Euro jährlich zusätzlich erhalten. „Ein großer Teil dieses Geldes wird in bedarfsnotwendige Häuser fließen, die aktuell rote Zahlen schreiben.

Davon werden auch die ländlichen Krankenhäuser in meinem Wahlkreis, wie das Hospital zum Heiligen Geist Fritzlar, profitieren.

Das Krankenhauspflegeentlastungsgesetz bringt also Aufwind für die flächendeckende Versorgung – es ist eine erste wichtige Krankenhausreform, die die Ampel-Koalition auf den Weg bringt", betont der Abgeordnete aus Schwalm-Eder. Damit das Gesetz wirksam wird, muss noch der Bundesrat am 16. Dezember zustimmen.

Expertenanhörung zum Thema der Sterbebegleitung und Suizidprävention

In dieser Woche fand eine Anhörung von Expertinnen und Experten zum Thema der Sterbebegleitung und Suizidprävention im Deutschen Bundestag statt. Der Rechtsausschuss lud hierzu verschiedenste Fachleute aus den Fachbereichen Recht und Medizin ein, ihre Sicht auf eine Regelung zur Sterbebegleitung und Suizidprävention darzulegen und die vorliegenden Gesetzesentwürfe kontrovers zu diskutieren.

Eine Regelung ist aufgrund der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts notwendig, dass das individuelle Persönlichkeitsrecht eines jeden Einzelnen auch das Recht auf ein selbstbestimmtes Sterben umfasst. Es ist jetzt die Aufgabe des Parlaments neue und verfassungskonforme Regelungen zu schaffen.

„So können wir am Ende eines Gesetzgebungsverfahrens guten Gewissens eine sachlich fundierte Entscheidung zum Wohle der Gesellschaft treffen, um die Rechte von Betroffenen auf ein selbstbestimmtes Sterben zu gewährleisten und gleichzeitig Rechtssicherheit für eine Suizidassistenz zu schaffen. Besonders wichtig ist mir aber, dass zunächst auch eine wirksame Suizidprävention unterstützt wird, um Suizidwilligen auch Alternativen in der palliativen Sterbebegleitung aufzuzeigen“, so Esther Dilcher (SPD).

Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt

Die Haushaltsberatungen und Abstimmungen für den Bundeshaushalt 2023 sind abgeschlossen. Wieder einmal ist nach langem Ringen und Abwägen ein zukunftsträchtiger Haushalt von den Haushälterinnen und Haushältern verhandelt worden. Doch was passiert eigentlich im Anschluss? Wie kommen die Mittel an den richtigen Stellen an?

Nach dem Haushalt ist vor dem Haushalt, so sagt man in Berlin. Denn, ist der neue Bundeshaushalt durch den Haushaltsausschuss beschlossen und die dem Bund zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel verplant, folgt der sogenannte Haushaltsvollzug.

In der Woche nach der Verabschiedung des Haushaltes hatte die Abgeordnete Esther Dilcher (SPD) gleich mehrere Termine. Am Montag lud Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) die Haushälter der Regierungskoalition gesammelt zum Kanzler-Dinner ein (Bild), um den Bundestagsabgeordneten für die Verhandlungen zum Haushalt 2023 im Namen der Regierung zu danken.

Am Dienstag traf sich dann der Fraktionsvorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Rolf Mützenich mit der SPD Arbeitsgemeinschaft Haushalt, ebenfalls um seinen Dank zu bekunden. „Als Haushälterinnen und Haushältern ist uns wichtig, dass mit dem Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger sorgsam umgegangen wird. Wir schauen nicht nur, dass gesellschaftlich gewinnbringende Projekte gefördert werden, sondern dass die vom Haushaltausschuss beschlossenen Gelder auch genau bei diesen ankommen. Dies überprüfen wir stetig und äußert penibel“, so die Abgeordnete Esther Dilcher. „Wir verteilen die Steuergelder unserer Mitbürger, wir tragen die Verantwortung, dass sie ankommen. Diese Aufgabe nehme ich sehr ernst.“

Wahlkreisgruppe aus dem Wahlkreis von Esther Dilcher zu Gast in Berlin

Das Bundespresseamt bietet allen Abgeordneten mehrere Male pro Jahr an, dass eine Gruppe aus ihren Wahlkreisen nach Berlin zu einer politischen Bildungsfahrt kommen kann. In dieser Woche startete wieder eine Reisegruppe, um Esther Dilcher in Berlin zu besuchen.

Fünf Teilnehmer der Reisegruppe hatten in Fulda versehentlich den ICE nach Frankfurt, und nicht wie der Rest der Gruppe nach Berlin bestiegen. Doch auch sie landeten schließlich, wie alle anderen, sicher am Berliner Hauptbahnhof. Hier wurden sie von Esther Dilcher und einem Berliner Mitarbeiter abgeholt und zum Rest der Gruppe begleitet. Verpasst wurden glücklicherweise nur das Mittagessen und der Besuch im Bundespresseamt.

Spannende Stationen der BPA Fahrt waren der Berliner Dom, das Bundespräsidialamt, die Gedenkstätte Berliner Mauer und selbstverständlich der Besuch des Deutschen Bundestages mit Teilnahme an einer Plenarsitzung sowie dem persönlichen Gespräch mit der Abgeordneten Esther Dilcher. Nach drei schönen, mit allerlei Erlebnissen und gutem Essen gefüllten Tagen hieß es dann Abschied nehmen und der Reisegruppe eine gute Rückreise zu wünschen.

„Ich freue mich immer über Besuch aus meinem Wahlkreis“, so die Abgeordnete Dilcher. „So kann ich im direkten Austausch zeigen, wie eine Sitzungswoche in Berlin und die Arbeit der Abgeordneten wirklich aussieht. Ein kleines Stück Heimat, das zu Besuch kommt. Ich freue mich, dass es der Reisegruppe gefallen hat.“

Bild links: Einer der Besucher aus dem Wahlkreis war der SPD-Kandidat für die Bürgermeisterwahl in der Stadt Wolfhagen, **Jens Vial**.

Falls auch bei Ihnen das Interesse an einer Teilnahme an einer BPA-Fahrt nach Berlin geweckt wurde, möchten wir Sie bitten den Newsletter weiter zu verfolgen. Pro Jahr werden mindestens drei Fahrten durchgeführt. Sobald eine Anmeldung möglich ist, machen wir dies auch hier bekannt.

Bilder der Woche

In den Sitzungswochen vertritt Edgar Franke die Regierung immer wieder in den verschiedenen Ausschüssen des Deutschen Bundestages.

Diese Woche war er online im **Digitalausschuss** zugeschaltet und stand Rede und Antwort zur Digitalisierung der Arztpraxen, insbesondere zum geplanten Konnektorenaustausch.

Die Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion, **Dr. Daniela Sommer** wurde mit überwältigender Mehrheit der Wahlkreisdelegierten-konferenz zur anstehenden Landtagswahl in Hessen 2023 zur SPD-Kandidatin im Landtagswahlkreis 6 nominiert und gewählt.

Im Bild mit Edgar Franke und Reinhard Kahl, dem früheren Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion und somit einer der Vorgänger Sommers.

Verabschiedung des Krankenhaus-pflegeentlastungsgesetzes im Deutschen Bundestag. Links: Auf der Regierungsbank mit **Dr. Bettina Hoffmann**.

Unten: Mit **Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach** nach der erfolgreichen Verabschiedung.

So erreichen Sie uns:

Esther Dilcher, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-75113
esther.dilcher@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Briloner Landstr. 27
34497 Korbach
Tel.: 05631-974712
www.estherdilcher.de

Wahlkreisbüro:
Bahnhofstraße 26
34369 Hofgeismar
Tel.: 05671-5099398

Dr. Edgar Franke, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030-227-73319
edgar.franke@bundestag.de

Wahlkreisbüros:
Bahnhofstr. 36c
34582 Borken
Tel.: 05682-739729

Obermarkt 5
35066 Frankenberg
Telefon 06451 717950
www.edgarfranke.de

Eine Information der Bundestagsabgeordneten Esther Dilcher und Dr. Edgar Franke. Die Infos werden bewusst kurz gehalten, um Euch einen schnellen Überblick zu geben. Falls Ihr vertiefende Auskünfte zu bestimmten Themen wünscht, meldet Euch einfach.

Bilder: Seiten 1 Edgar Franke, Seite 2 Sharepic der SPD-Bundestagsfraktion, Seite 3 Tino Basoukos, Seite 4 Image by Use at your Ease from Pixabay, Seite 5, 6 und 7 Esther Dilcher, Seiten 8 und 9 Edgar Franke.

V.i.S.d.P.: Dr. Edgar Franke, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin.